



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Krankenhäuser unbürokratisch entlasten, statt das öffentliche Leben zu beschränken!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Maßnahmen der Staatsregierung, insbesondere die Lockdowns, Ausgangsbeschränkungen und Impfungen nicht die versprochene Wirkung gezeigt haben und Bayern jetzt unter hohen Krankenhausbelegungen leidet.
2. Der Landtag stellt fest, dass die 3G-, 3G plus-, 2G- und 2G plus-Regelungen der Staatsregierung zu einem Regulierungschaos geführt haben und die heimische Wirtschaft massiv schädigen sowie ungenesene und ungeimpfte Bürger Bayern diskriminiert.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Ihre Möglichkeiten zu nutzen, um Pflegepersonal zu reaktivieren und so die Situation in den Krankenhäusern zu entlasten, wie zum Beispiel:
 - Sport-, Kultur- und Freizeitveranstaltungen mit geeigneteren Hygienekonzepten und höchstens mit einer 3G-Regelung zu öffnen,
 - Gaststätten und Übernachtungsbetriebe mit geeigneteren Hygienekonzepten und höchstens mit einer 3G-Regelung zu öffnen,
 - Körpernahen Dienstleistungen mit geeigneteren Hygienekonzepten und höchstens mit einer 3G-Regelung zu öffnen.

Begründung:

Vor einigen Monaten wechselte die Staatsregierung von der Inzidenz der Testpositiven hin zur Krankenhausampel. Danach wurde es sogar verpasst, die Stufen der Krankenhausampel mit Maßnahmen zu hinterlegen. Dabei zeigte sich auch, dass die Staatsregierung auch weiterhin den Eindruck hinterlässt, als laufe sie der Pandemie hinterher. Durch die Vielzahl kleiner Maßnahmen ist zudem kaum evaluierbar, was wirklich geholfen hat und was nicht. Das nun gezeigte Handeln ist zudem inkonsequent. Die Kliniken ächzen unter der hohen Belegung, aber statt massiv Personal zu rekrutieren, zur Not mit monetären Anreizen, oder Dritte zu bitten, neue Versorgungskapazitäten zu schaffen (wie etwa die Bundeswehr), wird ausschließlich über Lockdowns, Kontaktbeschränkungen oder die Gängelung von Kita-Kindern mit Tests sinniert. Nur indirekte Maßnahmen, deren Effekt auf die Kliniken fraglich bleiben wird. Dazu kommt eine eskalierende Regelungskaskade, die dafür sorgt, dass Menschen plötzlich wieder ausgegrenzt werden. Dies ist zu verurteilen. In einer offenen Gesellschaft muss jeder seinen Platz haben, unabhängig seiner Einstellung oder seines Gesundheitszustandes. Die Zahlen des RKI zeigen zudem konkret auf, wo Hotspots entstehen und wo nicht. Deshalb ist es unverständlich Maßnahmen zu ergreifen, die über diese Erkenntnisse hinausgehen.

Der Landtag fordert deshalb die Staatsregierung auf, alle Bereiche des öffentlichen Lebens die über ein Hygienekonzept verfügen, dass ausreichend ist Infektionen einzudämmen, mit einer 3G-Regelung wieder zu öffnen.